

Ein großer Teil der Männer erklärt die gestrige Aufregung über das Auslaufen der russischen Flotte aus dem Hafen von Vico damit, dass das russische Heer missverstandenes und infolgedessen so angesetzt worden sei, daß ein Teil der russischen Flotte bis zum Abschluß der internationalen Untersuchung des Vorfalles in der Nordsee in Vico zurückbleiben sollte.

„Daily Telegraph“ führt die plötzliche Erregung auf missverständliche Nachrichten aus Gibraltar zurück. Von großer Bedeutung sei die Mitteilung, daß die baltische Flotte die Stellung erhalten habe, Schiffe unter neutraler Flagge nicht zu belästigen.

„Daily Chronicle“ meldet aus Vico, Admiral Walker solle Befehle erhalten haben, dem russischen Geschwader zu folgen. Die englischen Schiffe fahren, ohne Lichter zu zeigen. Der spanische Dampfer „Esmeralda“, der dem russischen Geschwader folgte, ist gestern Vormittag in den Hafen zurückgekehrt.

Die in Tanger liegenden russischen Kriegsschiffe haben teilweise die Einnahme von Kohlen beendet. Die Offiziere erklären, die künftige Bewegung der russischen Flotte sei ihnen unbekannt. Die Schiffe würden in Tanger bleiben, bis sie Befehle aus St. Petersburg empfangen haben.

Die „Sonntag“-Affäre.

Von der Wasserfront kommt die offenbar aus dem Berliner Amtswort Amt stammende Meldung, es seien namentlich von deutscher Seite wegen der Entschädigung der Besitzer des „Sonntag“ in Petersburg auf diplomatischem Wege die Forderungen geltend gemacht worden, nachdem Art und Umfang des Schadens durch Untersuchungen in Seeferden festgestellt worden sind. Man zweifelt nicht, daß sie bewilligt werden. Die offizielle Meldung erweist, daß die Vernehmung des Kapitäns des „Sonntag“ ergehen haben muß, daß die deutsche Flagge bei der Beschießung des „Sonntag“ in der Tat verletzt wurde. Welche Genugtuung hat man für diese Verletzung der Flagge von Rußland gefordert?

Kleine Kriegsnachrichten.

Nach dem Aussehen der russischen Soldaten auf dem Kriegsschauplatz schreibt der „Kauk.“: In den Straßen Mufkows ist alles voll von Soldaten, die sich nach neuen Stiefeln oder matten Mänteln umsehen. Die neuangeworbenen Regimenter des ersten Armeekorps in ihren grünen Uniformen und neuen Mützen bilden mit Entschlossenheit die recht geräumigen sibirischen Regimenter, denen man die lange Periode des Feldzugs wohl antut. Wenn man einen Blick auf diese Truppen wirft, so könnte man glauben, daß diese von der Intendantur vernachlässigt werden. Kein abgemagertes Bettler wird es wagen, sich zu ihnen zu stellen, wie einzelne Soldaten und Soldaten. Auf dem Haupte einen zeretzten, lichten chinesischen Strohhut, auf dem Leibe eine zeretzte chinesische Jacke; ein Fuß mit einem abgetretenen gelben Stiefel, der andere mit einem chinesischen Schuh bekleidet; das Gewehr an einer Schnur über der Schulter. Die unglücklichen Säcke für Proviant und Kleidung sind mit allerhand Lumpen voll. Natürlich sind die Haare lang und der kleine Bart wie Heide verfilzt; dabei ein abgemagertes Gesicht, eine gebückte Haltung — und das soll ein Soldat sein! Die herrlichen Schützen sehen noch schlimmer aus. Das Pferd abgemagert und ungesund, ein chinesischer Sattel mit Strichen statt Streigübel; eine unglückliche Mäse auf dem Kopf.

Politische Heberische.

Mit der Entdeckung war es nicht. Von englischer Seite wird jetzt die Meldung des Generals v. Trotha, daß es zahlreichen Hereros gelungen sei, das reitende britische Gebiet zu erreichen, bestätigt. Daily Telegraph meldet aus Kapstadt vom Mittwoch:

400 nach Britisch-Betschuanaland übergetretene Hereros wurden von den Kolonialbehörden entwaffnet.

Die von den Engländern vorgenommene Entlassung der künftigen Hereros ist eine ganz selbstverständliche Maßnahme, die keinerlei besonderes Entgegenkommen gegenüber Deutschland in sich schließt. Nachträglich erklärt noch das Kapländische Kolonialamt die Nachricht, Hererosführer seien nach Betschuanaland geflohen, für unrichtig. Diese Nachricht bezieht sich offenbar auf die Angabe in einem Telegramm des Generalleutnants v. Trotha aus Windhof vom 30. Oktober: „Die Kapitane sind nach Britisch-Betschuanaland entflohen.“

Neue Opfer hat der Typhus in Deutsch-Südwestafrika gefordert. Nach einer amtlichen Meldung sind am Typhus gestorben: Unteroffizier Ernst Panke, am 25. Oktober in Waterberg; Reiter Johann Hoyer, am 22. Oktober in Oshimbine; Unteroffizier Karl Langens, am 28. Oktober in Oshimbine; Reiter Oswald Kruska, am 29. Oktober in Oshimbine; Reiter Ernst Lehmann, am 25. Oktober in Oshimbine; Reiter Paul Raslowski, am 22. Oktober in Oshimbine. Am Patrouille gefallen: Reiter Vincent Bilarski, am 23. Oktober bei Komfak.

Ueber die deutsche Strafexpedition gegen die Eingeborenen von Neu-Bommern (Niemand-Archipel), die eine Anzahl deutscher Missionare und Schwestern ermordet hatten, erhält der „Morning Leader“ folgendes Kabeltelegramm:

Das deutsche Regierungsgeschäft „Seefer“ ist aus Neu-Bommern in Seefer eingetroffen. Der Kapitän berichtet, daß die deutsche Strafexpedition über 70 Eingeborene, die an der Niederlegung der Missionare beteiligt waren, erschossen und gegen 12 Eingeborene gefangen genommen hat. Die Gefangenen wurden zum Tode verurteilt. Der „Seefer“ hat eine detaillierte Abrechnung, um die Bannung der Eingeborenen und die weitere Beseitigung der Eingeborenen vorzunehmen. Unter den Gefangenen befanden sich Le Maria, der Anführer der Niederlegung der Missionare, und seine alte Mutter, die neben ihm wie eine Älteste für die Jungen kämpfte bis sie von schützlichen Kugeln tödlich durchschossen wurde.

Es ist eine schwere und überaus blutige Vergeltung, die die Empörer getroffen hat, für jeden hingemordeten Weißen haben mehr als zehn Eingeborene das Leben lassen müssen, und noch ist das fürchterliche Strafgericht nicht beendet.

Die Kampagne Trothas mißglückt?

Wie wir bereits melde, telegraphierte General Trotha aus Südwestafrika, daß sich zwar die Hereros in vollständiger Auflehnung befänden und daß offenbar unter den jetzt anwesenden Truppen die Meinung herrsche, sich Deutschland zu unterwerfen, daß aber sämtliche Hauptlinge nach Britisch-Betschuanaland entkommen seien. In der bürgerlichen Presse hält man diese Nachricht für sehr betrübend. Man ist nicht im Unrecht in der Auffassung, daß damit der Schlachtplan Trothas, die Aufständischen einzuschließen und durch ein großes Repressivum zur Uebergabe zu zwingen, vollständig mißglückt sei. Die nach Britisch-Betschuanaland entkommenen Hereros-Schlachtkämpfer wurden von England scharf angeleitet werden, bis doch auch der Gottentstehenswilling Worenga feierlich erklärt wurde, sobald es ihm jetzt möglich gewesen sei, einen neuen Aufstand in inhemerem

Befänden sich aber diese Hauptlinge in Britisch-Südwestafrika in Sicherheit, so sei keinerlei Garantie gegeben, daß sie nicht bei gegebener Gelegenheit von neuem Einfälle in Deutsch-Südwestafrika zu machen versuchten.

Diese Auffassung dürfte jedenfalls zutreffend sein. Der Erfolg Trothas ist ein sehr zweifelhafter, abgesehen davon, daß auch noch abzuwarten bleibt, ob dann die jetzt streuten Hererosbanden sich tatsächlich ergeben werden, oder ob es ihnen nicht gelingt, sich nach Norden durchzuschlagen. Wäre dies der Fall, so müßte der Feldzug gegen diese aufgelösten Banden fortgesetzt werden.

General Trotha berichtet ferner, daß die Hereros fast ihr sämtliches Vieh verloren hätten. Auch dies ist für unsere Kolonialabenteurer eine sehr niederschlagende Nachricht. Denn nun ist ja keine Möglichkeit mehr vorhanden, sich an dem Besitz der Hereros irgendwelche Schadlos halten zu können. Die Sache ist sogar dadurch so geworden, daß schließlich die deutsche Regierung für den Unterhalt der sich ergebenden Hereros zufließen müssen. Dies könnte im Laufe der Zeit zu einer höchst unangenehmen Kalamität für unsere südwestafrikanische Politik werden, denn die paar hundert Farmer in Südwestafrika könnten doch unmöglich die Zehntausende von Eingeborenen beschäftigen und ernähren. Wäre man aber die Hereros einfach Hungers sterben, so wäre dies eine Grausamkeit, wie diese kaum jemals in der Kolonialgeschichte vorgekommen wäre.

Der polnische Wirbich.

Die Bettelei um Beiträge zu Kirchenbauten ist gegenwärtig Mode und wird von frommen oder fromm sein wollenden Leuten mit größtem Schwünge betrieben. Wenn man hin und wieder der eine oder andere der Bettelnden an den Unrechten kommt, erfährt die größere Öffentlichkeit davon und kann sich eine Weile dabei amüsieren. So wie Wirbich mit Singer einen gründlichen Reinsfall erlebte, ebenso hat jetzt ein katholischer Geistlicher mit einem preussischen General Rech gehabt. Einem „den höchsten Offizierskreisen Polens“ angehörenden Herrn ist nämlich folgendes Schreiben zugegangen:

Stargard in Pommern, im September 1904.
Habt uns Gutes tun an Jedermann, allerwärts aber an des Glaubens Genossen. Gal. 6. 10.
Habt Gutes!

Habt Erbarmen mit Dienen bedrückten Glaubensgenossen! Das sind Deine Landknechte aus Polen und Westpreußen, Beamte und Arbeiter, die sich in großer strahlender Not befinden.

Im Kreise Arnswalde und in den Nachbarorten wohnen 1200 bis 1400 Deiner Glaubensgenossen; dazu kommen im Jahre auf achtmonatliche Arbeit etwa 4000 Schmitzer aus Polen, Westpreußen und Galizien. Du kannst jeden Sonntag Deine Kirche besuchen und die heiligen Sacramente empfangen, so oft Du willst; viele Deiner heiligen Glaubensgenossen aber können nicht ein einziges Mal im Jahre in die Kirche gehen, denn die Entfernungen sind zu groß — für manche betragen sie 60—70 Kilometer oder 9—10 Meilen.

Unter großen Not kann man nur durch den Bau einer Kirche in Arnswalde bestehen. Darum bitte ich: Hilf Deinen Glaubensgenossen! Schick mir sobald als möglich irgend eine Gabe für diesen Kirchenbau!

Gott wird Dir dies alles belohnen!
Propst Engel, Stargard L. P.

Anstatt nun sein Scherlein zu diesem gottgefälligen Werke beizutragen, gab der hohe Offizier dieses Schreiben an die Redaktion des „Posener Tageblattes“, weil es — in polnischer Sprache abgefaßt war. Die Redaktion des Blattes ist empört über die freche Zumutung, die hier einem preussischen General geboten wurde, dadurch, daß von ihm verlangt werde, eine polnische Kirche bauen zu helfen. Dieser Vorwand zeigt wieder einmal, wie rücksichtslos und staatsgefährlich das Polentum um sich greift, und es sei die höchste Zeit, daß die Regierung energisch und mit harter Faust einschreite.

Dieser jedenfalls aus Versehen polnisch abgefaßte prächtige Bittbrief an den Herrn General gibt als den historischen Hintergrund in der „Posener Tagebl.“ Veranlassung, von der Regierung zu verlangen, daß sie klar und deutlich „zu dieser unerhörten Heranzforderung des Deutschen General in dem Schreiben mit dem trauten „Du“ antworte, mag ja allerdings auch sein Teil hierzu beitragen.

„Sozialdemokrat und Kirchenstifter.“

Wir haben vor einigen Tagen die Mitteilung gebracht, der sozialdemokratische württembergische Landtagsabgeordnete und Herr a. D. Genosse Blumhardt habe der Gemeinde Monheim im Schwarzwald für eine renovierte Kirche Kanzel, Altar und Taufstein gestiftet. Die bürgerliche Presse regte sich ob dieser Tat sehr auf. Ueber diese Angelegenheit hat nun Blumhardt auf eine Anfrage des Redaktors der Heilbronner „Neuen Zeitung“ folgendes Brief geschrieben:

Gehreter Herr Dr.!

Die Sache verhält sich so: Die genannte Kirche, die ich stiftete, ist ein alter Bau, der damals in der Gegend als eine der besten angesehen wurde, bis ich auf die unglückliche Bestimmung des Gemeindefiskus, in dem eine Art Gottesacker zu unterhalten, verpflichtet wurde, was mich in den Besitz der Kirche brachte. Die Gemeinde Monheim, in der ich wohne, hat mich um die Kirche gebittet, und ich habe mich bereit erklärt, sie zu übernehmen. Ich habe die Kirche renoviert, und ich habe die Kosten dafür selbst getragen. Ich habe die Kirche als eine Gabe der Gemeinde Monheim gestiftet, und ich habe die Kosten dafür selbst getragen.

Ich habe die Kirche als eine Gabe der Gemeinde Monheim gestiftet, und ich habe die Kosten dafür selbst getragen.

Der Brief beweist zur Genüge, daß es den Sozialdemokraten ernst ist mit dem Programm: „Religion ist Privatsache.“ Truppen gehen die bürgerlichen Blätter, besonders die Zentralblätter, der Wahrheit wie die Eisen.

Die Erinnerung an die frühere Kronprinzessin

von Sachsen soll dort jetzt auf polnischen Wege ausgerollt werden. Die Dresdener Polizei hat zwei Verfügungen erlassen, nach denen zunächst eine Nummer der „Dresdener Nachrichten“, die die Sündenfrage erörtert, weder

öffentlich ausgeboten noch ausgestellt werden darf. Ferner hat der Polizeidirektor den Händlern untersagt, Postkarten mit dem Bildnis der früheren Kronprinzessin, jetzigen Gräfin Montignoso öffentlich auszustellen, da dies geeignet sei, bei dem weitaus größten Teile der Bevölkerung „insbesondere bei dem königstreuen Publikum“, Anstoß, Verwirrung und Unruhe hervorzurufen. Noch am Sonnabend Abend mußten die Händler aus ihren Schaufenstern alle jene Bildnisse der Gräfin Montignoso entfernen.

Ob das „Kronprinzessinreue“ Publikum sich dadurch in seiner Schwärmeret für die „gewesene zukünftige“ Landesmutter stören lassen wird?

Der Verkehr mit Sozialdemokraten.

Zu der durch die Zeitungen gegangenen Notiz von der Anzeile mehrerer Reserveoffiziere, die mit Genossen Dr. Lieb-Knecht an einem Tisch gegessen haben, bemerkt der „Vorwärts“ sehr zutreffend:

Wenn es wahr ist, daß ein ehrenrühriges Verfahren gegen Rechtsanwälte eingeleitet wird, welche mit einem Sozialdemokraten, der ihr Berufscollegen ist, am gleichen Tisch saßen und mit ihm plauderten, so sollte der interessierte Angeber, von dem die Meldung erzählt oder andere seinesgleichen die edle Aufgabe vervollständigen. Der Präsident des Reichstags beispielsweise hat Sozialdemokraten zu sich geladen und gastsüßlich bewirtet; das Ehrengericht nahm dem Rittmeister der Garde-Kavallerie Schlenker die Offizierschule und die Uniform! Aber auch der Großherzog von Hessen sucht sozialdemokratischen Verkehr, und selbst der oberste Kriegsherr hat wenigstens im Auslande, mit Sozialdemokraten zusammen toastet. Das Ehrgefühl der Offiziersklasse, wie es in Meinungen zu Tage tritt, führt unmittelbar zur Rebellion gegen die höchsten Vorgesetzten.

Genosse Liebknecht zweifelt übrigens an der Richtigkeit der Meldung.

Der Dreischraf beinahe verdröhten.

Graf Büdler hat eine neue Madan-Versammlung in Berlin veranstaltet. Er hat aber nur fünf Minuten gesprochen, dann erfolgte die Auflösung der Versammlung. Die Hörer waren mit einem so kurzen Auftreten des Grafen nicht zufrieden und verlangten ihr Eintrittsgeld zurück. Als ihnen dies verweigert wurde, erhoben sie großes Lärm. Ein Berichterstatter meinte, nur der Schnelligkeit, mit der der Graf Büdler und seine Begleiter in ihrem Wagen davonfuhren, hätten sie es zu verdanken, daß sie nicht die Büdler'sche Dreischrafmethode an eigenen Leibe durchführten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde heute von der Strafkammer in Berlin, der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Franz Reinecke aus Limmer bei Linden, der im Frühjahr d. J. beim Bahnbau in Wahnberg gearbeitet, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Kommunale Sozialpolitik in Budapest. Die vom Gemeinderat eingesetzte „Arbeiter-Wohlfahrtskommission“ hat auf Antrag des Dr. Bajonji beschlossen, die Stadterhaltung möge die städtischen Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben, die angemessene Arbeitslöhne zahlen und eine menschenwürdige Arbeitszeit bewilligen. Diese Bedingungen sind in die Offerte-Ausschreibungen aufzunehmen. Bei Gewerben, wo ein Lohnzettel besteht, (wie z. B. bei den Buchdruckern), müsse dieser maßgebend sein; wo der Lohnzettel noch fehlt, ist der Betrag der „befriedigenden Arbeitslohn“ und „eigentlicher Arbeitszeit“ durch Umfragen bei Arbeiter- und Unternehmerorganisationen festzustellen. Diese Feststellungen sind jährlich zu revidieren.

In der nächsten Sitzung wird sich die Kommission mit der Frage der Arbeiterkammern und dem Verlangen des Gewerkschaftsrates befassen, den Arbeiterorganisationen ein städtisches Gebäude zu überlassen.

Bulgarien. Die „Bograbst Novine“ meldet von einem blutigen Aufstand zwischen bulgarischen Banden und Leuten des serbischen Wolwoden Wlajo in Porech. Von beiden gab es viele Tote und Verwundete. Der bulgarische Führer Sugareff soll schwer verwundet sein.

Die Merikalen in Italien denken sich an den bevorstehenden Wahlen zu beteiligen. Die „Germania“ meldet aus Rom: Mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse hat Papst Pius X. die Bischöfe ermächtigt, in besonderen Fällen den Katholiken die Teilnahme an den Wahlen zum Parlament zu gestatten. Sie sollen jedoch nicht als eigene Partei auftreten. Durch diesen Beschluß dürfen sich die Wahlergebnisse in zahlreichen Kreisen verhalten.

Ein demokratischer Fortschritt. In der Volksabstimmung im Kanton Argau ist der Verfassungsentwurf betreffend die Wahl der Regierung mit 9970 gegen 11,015 Stimmen, betreffend die Volkswahl der beiden Ständeräte mit 19,090 gegen 9908 Stimmen angenommen worden. Bereits im nächsten Frühjahr werden die sieben Regierungsräte (Minister), die bisher vom Kantonsrat gewählt wurden, vom Volke gewählt werden. Damit tritt der Kanton Argau in die Reihe der großen Mehrheit der Kantone, in denen diese demokratische Einrichtung bereits besteht. Im Kanton Zürich wurde sie bereits im Jahre 1869 eingeführt.

Die Kulis in Süd-Afrika scheinen zur Selbsthilfe übergehen zu wollen, nachdem sie herausgefunden haben, daß sie vielfach unter falschen Beträgen und Beschuldigungen nach dort gelockt worden sind. So wird dem Labour Leader gemeldet, daß die in der Aurora-Bestimmte arbeitenden Kulis sich weigerten, Sonntagsarbeit zu leisten. Sie verlangten höhere Bezahlung und die Deckung der Löhne, welche die Werke umschließen. Der Direktor weigerte sich und die Kulis sprangen die Umzäunung und entkamen; sie mußten durch bewaffnete Polizeiholaten zurückgebracht werden. Auch in der „Geldbau“ kam es zu Reibereien zwischen der Direktion und den Kulis; diese gingen hier mit Haden und Schaufeln vor und die Situation wurde teilweise sehr gefährlich. Die Polizei verhandelte 5 der chinesischen Arbeiter. In einem anderen Bergwerk weigerten sich 700 Kulis, die Arbeit im Innern der Schächte aufzunehmen, da Lohnforderungen vorlagen.

Lokales und Provinzielles.

Dresden, 2. November 1904.

Vericherung gegen Studenten-Unfälle.

Durch Anschlag am schwarzen Brett teilt der Rektor der Universität allen Studierenden mit, daß der Senat mit Ermächtigung des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten mit der Unfallversicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M. im Interesse der Studierenden einen Unfallversicherungsvertrag abgeschlossen hat. Auf Grund dieses Vertrages bringt der Rektor folgendes zur Kenntnis der Studierenden:

1. Von dem laufenden Semester an sind die Studierenden durch die Unfallversicherungs-Gesellschaft (Mathematik, Astronomie, Chemie, Pharmazie, Physik, Botanik, Zoologie, Mineralogie, Geologie), der Landwirtschaft, der Medizin und der Zahnheilkunde von Beginn dieses Semesters an versicherungspflichtig. Die Frankfurter Gesellschaft, mit der der Vertrag abgeschlossen ist, gewährt gegen Unfälle, die sich in der Unirchtheit und allen an der geistlichen Fakultät bei Vorlesungen, Übungen und Arbeiten, sowie in öffentlichen Betrieben ereignen, ferner bei Arbeiten auch außer-

halb der Univeritätskassene, sofern sie im Auftrage und unter der Kontrolle von Dozenten und Assistenten angefertigt werden, endlich auch bei Exkursionen unter Führung akademischer Lehrer,

im Lohndienst 3000 Mark; bei eintretender völliger Invalidität 1.000 Mark in Rente zahlbar, entsprechend weniger bei teilweisem Verlust der Erwerbsfähigkeit;

3. Nach Kurkosten pro Tag eventuell bis auf die Dauer eines Jahres. Dafür liegt den obligatorisch in diesen Versicherungsverträgen eingeschlossenen Studierenden die Verpflichtung ob, zu Anfang jedes Semesters beim Besuchen der Vorlesungen und Übungen eine Prämie von 1.50 Mark auf der Univeritätskasse gegen Quittung einzuzahlen. Hierdurch sind sie verpflichtet vom 15. Oktober bis 14. April, resp. vom 15. April bis 14. Oktober. Die Versicherung erlischt jedoch, wenn sie vor Ablauf der Versicherungszeit aus dem Verbaute der Univerität ausscheiden.

2. Fakultativ ist diese Unfallversicherung auch allen Studierenden anderer Fächer und Fakultäten zugänglich, zum Beispiel den bei der juristischen Fakultät eingeschriebenen Bergbauingenieuren, sofern sie meinen, Anlaß zu haben, für sich den gleichen Versicherungsschutz gegen Unfälle zu suchen. Ihre Versicherung beginnt jedesmal mit dem Tage, an welchem sie ihre Prämie von 1.50 Mark pro Semester auf der Univeritätskasse einbezahlt haben.

3. Auch die zu den naturwissenschaftlichen und medizinischen Vorlesungen, Übungen und Praktika auf Grund eines Hospitantenstatus eines Jungelassenen sind unter den gleichen Bedingungen fakultativ zum Anschluß an die Versicherung berechtigt.

4. Die Personen, welche an der im Gemischten Institut zur Zeit bestehenden Unfallversicherung bei der Stuttgarter Gesellschaft partizipieren, können, wenn sie eine Bescheinigung des Direktors des genannten Instituts, Herrn Geheimrat Dr. Rabenburger, über ihre Versicherung in Stuttgart auf der Univeritätskasse einreichen, von der Frankfurter Versicherung für das betreffende Semester befreit werden, doch steht ihnen frei, auch zugleich noch der Frankfurter Versicherung beizutreten.

5. Alle, welche oben unter 1 als obligatorisch in den Versicherungsverträgen eingeschlossen sind, haben, wenn sie sich für dies Semester Vorlesung u. auf der Univeritätskasse belegen, hierdurch angefordert, bis spätestens zum 20. November die Prämienzahlung für das laufende Semester auf der Univeritätskasse zu bewilligen. Den Versicherungspflichtigen, welche noch nicht belegen haben, wird von heute an bei ihrem Erscheinen auf der Univeritätskasse zum Zweck des Belegens, diese Prämienzahlung abgefordert werden. Alle anderen, welche von der ihnen erteilten Erlaubnis, der Versicherung beizutreten, Gebrauch machen wollen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, ihren Beitritt baldigst durch Einzahlung der Prämie zu vollziehen.

* Die Parteigenossen, die sich an der Flugblattverbreitung in der inneren Stadt (19. Wahlbezirk) beteiligen wollen, werden dringend ersucht, sich am Sonntag pünktlich um 7/8 Uhr früh im Arbeitersekretariat, Messergasse 18/19, einzufinden. Diese Bitte ergeht an die Genossen aus allen Stadtteilen und hoffen wir, daß sich recht viele bereit finden werden, eine halbe Stunde der guten Sache zu opfern.

* Säuerig gewandte Parteigenossen, die bereit sind, am Wahltage, den 14. November, als Listenföhner und dergleichen zu helfen, werden gebeten, sich möglichst bald bei dem Obmann des Wahlkomitees, Genossen Oskar Schütz, Neue Graupenstraße 5/6, zu melden. Für entgangenen Arbeitsdienst wird eine Entschädigung gewährt, auf welche natürlich auch arbeitslose Hilfskräfte Anspruch haben.

* Eine Portion neuer Antwürfe richtet das christlich-katholische Zentrum mit dem freisinnigen Redakteur gegen die verhasste „Volkswacht“. Es verlangt von uns, daß wir seine spaltenlangen Gismidelen abdrucken sollen, wozu uns unser Raum natürlich zu schade ist. Unsere Festsetzung, daß das „Kraut“ Organ die Sabbathandlung geschäftsmäßig betreiben läßt, indem seine Geschäftsstelle das Blatt wasserweise während und unmittelbar nach dem Gottesdienst vor den katholischen Kirchen verteilt läßt, fällt nicht dem zentrumsfreisinnigen Blatt dahin um, daß wir uns über die Verteilung auf der Straße beschwert hätten.

Man verschweigt den fromm-katholischen Lesern des samstäglichen Blattes, daß wir die Kirchenentweihung und Sonntagseinhaltung der Zentrumspartei im besonderen gebremst haben. Nach dieser Fälschung behauptet man dann, wir trieben dasselbe Spiel, indem wir im „Gewerkschaftshaus“ (1) „Volkswacht“-Exemplare verteilen ließen! Angenommen, daß die Augen Leute im schwarzen Blatt den Unterschied zwischen unserer und der sonntagsentheilenden Propaganda der Zentrumspresse nicht begriffen könnten, dazu haben wir keinen Anlaß. Es bleibt also nur übrig, daß man dort auch wieder nach dem Grundsatze fälscht, daß der Zweck die Mittel heiligt!

* Die Statuten der hiesigen Gewerkschaftskasse eine hier beschlossene Versammlung ab. Die Schlichtungskommission erhaltete zunächst Bericht über die Verhandlungen betreffend den Nachtrag zum Statut. Die der Kommission angehörenden Mitglieder haben sich in den Verhandlungen dahin erklärt, die Wünsche der Gehilfen in der Innung beizubehalten zu wollen. Es soll demnach bei allen Arbeiten an Arbeitslohn der Lohnzuschlag 50 Prozent betragen. Ausgenommen hiervon sind Gesimse, die nach der Bede hin nicht mehr als zehn Zentimeter Ausladung haben. Für diese soll gar kein Zuschlag erfolgen, da Gesimse unter zehn Zentimeter Ausladung nicht angelassen zu werden brauchen und deshalb durch den Beton die Arbeit nicht wesentlich schwieriger wird. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. Es ist ferner vereinbart worden, daß alle Lohnaufstellungen, bevor sie beim Gemeinderat zum Antrag gebracht werden, zunächst der Schlichtungskommission zu überweisen sind. Bei Nichtbefolgung dieser Vereinbarung wird seitens des Verbandes der Rechtschutz in Zukunft verweigert. Hierauf wurde die Abrechnung vom vorigen Quartal verlesen. Wir führen daraus an, daß die Einnahme aus laufenden Beiträgen 933.50 Mk. betrug. An Reizeinbringungen wurden 44.55 Mk. bezogen, 549.72 Mk. sind an die Hauptkasse gelangt worden. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von 55.75 Mk. Es wurde beschlossen, hiervon 30 Mk. dem Stadtvorordneten-Wahlfonds zu überweisen und den Rest zur Verwirklichung der Bibliothek zu verwenden. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit Vorkommnissen, die in das Gebiet des Schwindelbetrugs fallen. So hat in den letzten Tagen der Statutenrevisor Mann an den Mannrevisor Gasse fertigen und geliefert, den dieser im Cafe Rauterzone durch Mann ansetzen läßt. Die Schlichtungs-Kommission wurde beauftragt, hien, Donnerstag früh, bei Mann vorstellig zu werden. Wird diese Lieferung nicht eingestellt, so haben die dort arbeitenden Kollegen die Arbeit nicht wieder zu beginnen und ist die Verteilung des Mannverbandes gleichzeitig erwartet man, daß die Verwaltung des Mannverbandes dahin wirkt, daß ja neu-Statuten Mannern nicht mehr angelegt, resp. in der Rauterzone auch seitens der Mannrevisor die Arbeit eingestellt wird. Der Leiter des Mannverbandes, Genosse Kasper, hat bereits eine dahingehende Adresse gemacht und werden im nächsten Jahre zwischen den beiden Organisationen diesbezügliche feste Vereinbarungen getroffen werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heutige gut besuchte Mitglieder-Versammlung protestiert ganz entschieden gegen das Geschäftsgebahren der Firma Emil Mann, Mannrevisor in Frauen-Ende zu liefern, damit er von Mannern angezogen wird. Die Versammlung sieht darin eine schwere

Schädigung des Berufs und verpflichtet sich die Kollegen im Wiederholungsfalle, in bezüglichen Firmen die Arbeit niederzulegen und sofort den Verband davon in Kenntnis zu setzen.

* Die vierzehnjährige Brandstifterin. Aus Hirschberg wird folgende Gerichtsverhandlung berichtet: Ein psychologisch-kriminologischer Rater nannte der Verteidiger die Handlungsweise des vierzehnjährigen Rindermäders Maria H. aus Langenwiesenthal, die zweimal versuchte, ihrem Dienstherrn, einem Gastwirt, das Gehäude anzuzünden. Als Motiv zu dieser schweren Tat gab die Angeklagte selbst nur an, daß sie habe aus dem Dienste wollen. Einen Grund für diese Absicht hatte die Angeklagte eigentlich gar nicht, denn sie konnte angeblich weder über die Handlung noch Essen eine ernsthafte Beschwerde vorbringen. Sie selbst gibt an, nicht geschlagen oder sonst schlecht behandelt worden zu sein. Am 8. September legte sie auf dem Boden des Hauses Feuer an, das aber halb bemerkt und gelöscht wurde. Am nächsten Tage wiederholte sie den Versuch im Stallgebäude, aber mit demselben negativen Erfolge. Immerhin waren in beiden Fällen dem Besitzer für etwa 60 Mark Sachen und Erntegeräte vernichtet und Teile des Gebäudes angebrannt, sodaß vollendete Brandstiftung vorliegt. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Der Verteidiger äußerte Zweifel, ob die Angeklagte die zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise erforderliche Einsicht besessen habe. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr drei Monaten Gefängnis. — Das vierzehnjährige Mädchen wird wahrscheinlich durch die ihm auferlegte lange Freiheitsstrafe nicht gebessert, wohl aber verstockt werden. Für die Notwendigkeit einer Strafrechtsreform sind solche Urteile, wie das aus Hlogau und das aus Hirschberg, nur neue Belege.

Sauben, 2. November. Explosion. Gestern Nachmittag wurden im Lokomotivschuppen der hiesigen Station zwei Beamte, der Feiger Sebulke und der Hilfsheizer Schwab, durch eine Explosion giftiger Gase, die sich in einem unter dem Lokomotivschuppen befindlichen Gemölde entwickelt hatten und beim Angünden eines Streichholzes explodierten, schwer verletzt. Schwab erlitt einen Oberschenkelbruch und Sebulke einen Schädelbruch. Die Explosion war so gewaltig, daß die Dächer aufgerissen und sämtliche Fenster Scheiben zertrümmert wurden. Auch das Dach wurde erheblich beschädigt. Beide Verunglückten wurden sofort nach dem Kreiskrankenhause gebracht.

Zehn Jahre Jugend-Organisation.

„Der jugendliche Arbeiter“, dieses tapfere und vorzüglich geleitete Organ der Vereine der jugendlichen Arbeiter Österreichs, ist diesmal in prächtiger Ausstattung als Festnummer erschienen. Den Anlaß dazu hat der zehnjährige Bestand des Vereines jugendlicher Arbeiter. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt darüber:

Man kann es sich kaum recht vorstellen und man muß in dieser Kammer nachlesen, unter welchen ungläublichen Schwierigkeiten diese Organisation der wohl am stärksten Ausgebildeten ins Leben gerufen wurde und lange, lange Zeit zu leiden hatte. Auch heute mühten ja noch Behörden und „Lehrherren“ diese Vereine am liebsten vernichtet sehen. Aber alle diese Verfolgungen erreichten nur, daß Begeisterung und jugendliche Kampflust in den Reihen der jugendlichen nicht erlahmen und daß die Organisationen der erwachsenen Arbeiter, der „Allen“, diesen Jungen, die einst ihre Reihen verließen, folgen, mit Rat und Tat getreulich an die Hand gehen. Diese Jugendorganisation ist zwar kein mächtiges, aber gewiß ein ganz wichtiges Glied in der Kette der proletarischen Vereinigungen und sie verdient schon ob dieses Schwunges, der in ihr lebendig, alle Beachtung. Die Vereine der jugendlichen Arbeiter sind nicht allein eine formale Bildungs- und Erziehungsanstalt, sie sind in der Tat eine Vorhut für die politische und gewerkschaftliche Bewegung, wo die jungen Proletarier in den Kampf um unsere höchsten Ziele vorbereitet werden. In den katholischen Junglingsvereinen wird die Jugend zur Demut und Unterwürfigkeit, zur Charakter- und Gedanklosigkeit dressiert; hier in unserer Jugendorganisation werden die Jungen zu Willensstärke und Freiheitsinn erzogen. Deshalb ist der 4. November 1894, an welchem Tage sich der Verein jugendlicher Arbeiter in Wien konstituierte, nicht nur ein Gedenktag für diesen, sondern auch ein wertvolles Datum für die österreichische Arbeiterbewegung. Wer da wünscht, daß die Lehrlinge einst Klassenbewußte Kampfgeneros der „Gehilfen“ werden, wird die Notwendigkeit der Jugendorganisationen anerkennen und ihr alle mögliche Förderung angedeihen lassen. Was der Verein der Jungen selbst sein kann, hat wohl am besten Genosse Hans K. in Kairo in einem Aufsatz „Was wir der Verein jugendlicher Arbeiter vor uns ausgesprochen. Er sagt: „Durch Bücher und Vorträge drang ich nach und nach in die Ideen des Sozialismus ein. In mir erwachte die stürmische Begeisterung der Jugend und ich kannte lange Zeit nichts Schöneres und Besseres als die Organisation und die Arbeit für dieselbe. Da wurde mancher harte Strauß ausgeschoten unter uns selbst und auch mit Gegnern. Aber wichtiger als das war mir, daß ich gerade in der Sturm- und Drangperiode meines Lebens in der Organisation meinen moralischen Rückhalt fand, daß ich in der Zeit, wo der Charakter des Menschen feste Formen annimmt und wo der junge Mann im Gewoge der eigenen Gedanken und fremden Einflüsse einem schwankenden Rohre gleicht, eine feste Stütze hatte, war entscheidend für die Entwicklung meines Charakters.“

Möge der Verein allezeit diese seine Tugenden und erhabenste Aufgabe erfüllen!

Vermischtes.

Ist die Krähle für den Landwirt ein schädlicher oder ein nützlicher Vogel? Professor Dr. Volkman, der Leiter der pflanzen-pathologischen Anstalt der Landwirtschaftskammer zu Halle, hat die Nützlichkeit oder Schädlichkeit der Krähle auf wissenschaftlichem Wege durch Untersuchung des Mageninhaltes ermittelt. Sein Urteil lautet, daß die Krähle als Schädling nur dort anzusehen ist, wo sie in Massen auftritt. Wenige Tiere nützen durch ihr fleißiges Aufnehmen von Insektenlarven, Würmern und Reichtieren und sind durch ihre Freßgier ein willkommener Bundesgenosse in der Bekämpfung gewisser Uferschädlinge. In der Nähe ihrer Horste und bei massenhaftem Auftreten erst wird sie den keimenden Saat gefährlich. Professor Volkman hält daher ein Vertilgen der Krähle für unrichtig. Er empfiehlt es aber, und zwar in der Brutzeit, dort, wo sie durch ihr zahlreiches Auftreten lästig wird. Die Stellungnahme des Landwirts zur Krählenfrage richtet sich demnach am besten nach der Art des Auftretens der Krähle.

Auf der türkischen Rechnung werden die Krählen im Herbst mit Nehen gefangen; neuerdings ist dieser Krählenfang durch Fischer von der türkischen Regierung auch auf der russischen Rechnung eingeführt worden. In diesem Jahre beschlagnahmte sich bereits viele Fischer mit dem Krählenfang, der recht lohnend ist, da ein Mann an einem Tage bis 60, ja bis 100 Krählen fängt und das Stück mit 10 Pf. bezahlt wird. Das Fleisch der Krähle soll recht schmackhaft sein und ähnlich schmecken wie das des Huhnes. Die Krählen werden gepulvert verkauft; die Federn benutzt man zum Stopfen der Betten. Das Krählenfleisch liegt, nach dem „Gel.“, auf dem Boden. Neben dem Nehe befinden sich als Leckweise Fische, die an Pfäddchen befestigt sind. Auch Krählen werden verwendet. Lassen sich Krählen an der Beute nieder, dann wird von einem Bekende aus (Hütte) durch ein Seil das Nehe so umgeschlagen, daß es die Krählen bedeckt. Der Krählenfänger läßt die Krählen durch einen Haken in den Kopf, wodurch das Gehirn gedrückt und die Krähle sofort getötet wird. Dieses hat den Krählenfänger auch die Bezeichnung „Krahefänger“ (Krählenbeizer) eingetragen. Die Krählen, die nicht gleich verkauft oder verzehrt werden, pöbelt man ein.

Ein verheißungsvolles Lieb. In einem süßlichen Liebe, da gern gefangen wird, heißt es:

Wie lieblich sang die Nachtigall
Vor meines Liebchens Haus;
Verlangen ist nun Sang und Schall,
Das Lieben ist nun aus.
Das Bündel ist schon längst geknüpft
Der gallertliebste mein;
Wir ziehen fort ins fremde Land
Und kehren niemals heim.

Man sollte meinen, kein Mensch, der sich noch ein natürliches Empfinden bewahrt hat, könnte an diesen schönen, tief empfundenen Strophen des alten, einfachen Volksliedes etwas Bedenkliches entdecken. Aber unseren „Sittlichkeits“-Aposteln, die nebenbei in Patriotismus machen, ist nichts heilig. Ein solcher hat sich über das Lieb hergemacht und es in seinem Sinne „verbessert“. Im „Niederdeutsch für höhere Schulen“ von Günther u. Noack, Herford, Selbstverlag, dritter Teil (13. Auflage), das u. a. in der Oberrealschule in Groß-Niederfeld von Quarta an gebraucht wird, lauten die Verse jetzt so:

Wie lieblich sang die Nachtigall
In friedlich stiller Nacht,
Verlangen ist nun Sang und Schall
Es löst der Ruf zur Schlacht.
Und unser Bündel ist geknüpft,
Wir ziehen nun ins Feld.
Ade, die Trommel wird gerührt,
Zum Kampfe eilt der Held.
Großartig!

Literatur.

Von den „Dokumenten des Sozialismus“, herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das zehnte Heft des IV. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: 1. Kritische Bibliographie des Sozialismus. 2. Aus der Geschichte des Sozialismus. Das Protokoll des Württemberg Kongresses der deutschen Sozialdemokratie. Denkschrift der sozialdemokratischen Fraktion in der zweiten niederländischen Kammer über das Wahlrecht, die Volksvertretung und das Referendum. (Fortsetzung.) 3. Urkunden des Sozialismus. Ein Brief Ferdinand Lassalles über den Geist der Statuten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. 4. Der Sozialismus in den Zeitchriften. Die „Dokumente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 2.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch ist bei der Post nur Quartal-Abonnement zulässig. Das einzelne Heft kostet 75 Pfg.

Bezirkseinteilung und Wahllokale zur Stadtverordnetenwahl in Breslau 1904.

Der 22. Wahlbezirk (Nikolaiviertel)

umfaßt drei Abstimmungsbezirke.
Abstimmungsbezirk A:
Altenstraße,
Andersienstraße,
Dammstraße (östlich der Posener Eisenbahn),
Fischerstraße (auschl. Nr. 25, 26),
Friedrich-Liebigstraße,
Friedrich-Wilhelmstraße, ungerade 1-3, 53, 55, 57,
wählt in der Turmhalle Reuthenstraße 61/63.
Abstimmungsbezirk B:

Gilbebrandstraße,
Polzstraße, kleine,
Reichstraße, neue (auschl. Nr. 1/3, 17),
Rönigsplatz Nr. 1-3b,
Kunzestraße, ungerade 1-73, gerade 2 bis Ende,
Reuthenstraße, ungerade 1 bis Ende,
wählt im Schulhause Lungengasse 36, Hof geradecum,
Zimmer 6.
Abstimmungsbezirk C:

Reuthenstraße gerade 2 bis Ende,
Kunzestraße,
Mittelgasse,
Nikolaiviertel,
Nikolaiviertel-Graben Nr. 1/3-10/11,
Oberstraße, neue, Nr. 1-8d,
Posener Eisenbahnbrücke, an der,
Polzstraße (auschl. Nr. 2),
R.-D.-Eisenbahnbrücke, Wärdterhaus und Trauhhaus,
Sandergraben Nr. 8 und 4,
Schulgenwiese,
Schweigerstraße,
Tschepinerplatz,
Tschepinerstraße ungerade 1-35/37 und gerade,
Wachplatz,
Waldfischgasse,
Westend,
Rantholzstraße,
Zehnerstraße,
wählt im Schulhause Reuthenstraße 61/63, Hof geradecum,
Zimmer 1.
Sozialdemokratische Kandidaten:
Stadt. Oskar Schütz und Redakteur Paul Wbe.
(Neben Wähler nennt zwei Namen.)

Neueste Nachrichten.

Der Krieg zwischen England und Japan.

In Port Arthur.
Der amtliche Bericht über die Kämpfe vor Port Arthur im Oktober hebt noch hervor, daß Russen, die am 18. Oktober gefangen genommen wurden, ausgaben, daß Schiffsal von Port Arthur müßte sich bald entscheiden. Die Lebensmittel seien ungenügend und die russischen Streitkräfte numerisch sehr vermindert. General Stöckel habe Gelbeshelmungen und Medaillen für 400 Freiwillige ausgesetzt, welche einen Ausfall machen und japanische Geschütze zerstören würden.

Scharmügel.

Eine japanische Deputation des Hauptquartiers in der Mandchurie vom 1. d. Mts., Mittags, meldet: Am Nachmittage des 30. Oktober er. richte gegenüber der linken Abteilung unserer linken Armee eine feindliche Streitmacht von Elementen, Gansantia und von Norden her vor. Die Abteilung bestand aus einem Regiment Infanterie, drei Regimentern Kavallerie und einer Batterie. Es entspann sich ein Kampf, bei welchem der Feind zurückgeschlagen wurde. Unsere Abteilung hatte nur geringe Verluste, während die Verluste der feindlichen Reiterei schwere waren. 50 Mann verloren ihre Pferde. Die feindliche Kavallerie zog sich in Unordnung nach allen Richtungen zurück und ließ 13 tote auf dem Schlachtfeld. In der Nacht zum 30. Oktober nahm unsere linke Armee ein Dorf, 800 Meter nördlich von Tschengliempan, ein und brannte es nieder.

Konservative Kandidatur.

Aus Schwerein wird gemeldet: Die Versammlung der Konservativen des zweiten westpreussischen Reichstagswahlkreises hat einstimmig den Generalmajor des Deutschen Landwirtschaftsrates, Privatdozent Dr. Dabe-Berlin als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl anstelle Dr. Dörschers aufgestellt.

Ständesamtliche Nachrichten.

Vom 2. November.

Heirats-Ankündigungen. IV. Schneider Ignaz Kopolowski, kath., Fawaldstraße 19, und Karoline Edert, evang., Hebdigerstraße 5.

Eheschließungen. IV. Maler Gustav Zwarg, kath., Hebdigerstraße 13, mit Auguste Gzollas, kath., Bahnhofsstraße 16.

Verstorbene. I. Arbeiter Otto Walle, evang., T. - Schneider Franz Kanastak, kath., S. - Arbeiter Ernst Koldan, evang., T. - Schuhmacher Paul Vial, evang., T.

Schuhmacher Karl Gustav Hermann Haer, 22 J. - Erich, S. des Klempners Wilhelm Lenzki, 1 J. - Erich, S. des Verfertiger...

Verstorbene. A. J. Sie müssen zur Kontrollversammlung geben. Wann? das erfahren Sie aus den Plakaten...

Verstorbene. A. J. Sie müssen zur Kontrollversammlung geben. Wann? das erfahren Sie aus den Plakaten...

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte. Nach Breslauer Ortszeit. (Wartezeitpunkte Zeit plus 8 Minuten.)

Versammlungen und Vereine. Breslau. Obmann der Aufsichtskommission des Arbeiterschutzes ist Heinrich Grochowski.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag den 3. November: Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt und Böhmisch). Die Genossen werden ersucht, an der Flugblatt-Verbreitung in der inneren Stadt teilzunehmen...

Distrikt III (Ober-Vorstadt). An die Bezirksführer und deren Stellvertreter! Sonnabend den 5. November, Abends 8 1/2 Uhr.

Distrikt VII (Innere Stadt). Sonntag den 6. November, früh 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung und Abrechnung vom Volkskonzert.

Freiburg. Männer-Gesang-Verein „Vorwärts“. Sonnabend, den 5. November, veranstaltet der Verein ein Langkränzchen in der „Germania“.

Stadt-Theater. Donnerstag: „Rigou.“ Freitag: „Die Fledermaus.“

Lobe-Theater. Donnerstag: „Die Landkrieger.“ Freitag: „Der Kaktus.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater. Sonntag: „Die Fledermaus.“

Zur besonderen Beachtung! Optiker Adolf Heidrich. Stadttheater gegenüber, Schweidnitzerstr. 27.

Danksagung. Hierdurch sage ich allen Kollegen und Genossen für die Teilnahme...

Dominikaner. Täglich: Reuters Wenden-Ensemble. Alle 3 Tage vollständig neues Programm.

Zigarren eigenes Fabrikat in großer Auswahl. Hermann Berner, Mühlgasse 30.

Familien-Kränzchen des Vereins Breslauer Falladenpatzer. Der Vorstand. Eintritt: Herr und Dame 50 Pf., einzelne Dame 25 Pf.

Tabak-Arbeiter-Genossenschaft. Begr. 1891. Hamburg. Fabrizen in Hamburg und Frankenberg. Umsatz pro 1904 ca. Mk. 700000.

Udo Stangenberg. Berlin SO., Köpenickerstr. 20a. Das Protokoll vom Bremer Parteitage.

Zur billigen Quelle. Weissenburger-Platz 6. Inhaber: A. Weissmann. Verkauf zu Warenhauspreisen von Galanterie...

D. D.-F.-G. „Nordsee“. Schmiedebrücke 19 und Stadtbahnhof. Die Gleichheit (Frauenzeitung). Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Secondhand-Redaktion für die Publikation: „Lokales und Provinziales“ und die Zeitschriften: „Der Arbeiter“, „Der Kampf“, „Der Kampf“, „Der Kampf“.

Die Partei Friedberg-Stumm

Ist am Mittwoch im preussischen Abgeordnetenhaus begründet worden. Niemand hat die Nationalliberalen in dem Verdacht gehabt, sie könnten allzu eifrige Güter der politischen Volksrechte sein; niemand konnte ihnen im Zeitalter des Schulkompromisses den Vorwurf machen, daß sie ihre Parteigrundzüge allzu eifrig wahrten. Aber daß sie zu ihrer Rechtfertigung den Geist des Freiherrn von Stumm-Hallberg heraufbeschwören, daß sie jeden Unterschied zwischen ihm und den jetzigen Nationalliberalen leugnen würden, eine unbewußte, aber deshalb nur umso bittere Satire auf die eigene Partei, die sich heute der Abgeordnete Dr. Friedberg leistete, ist doch neu. Die Zentrumsabgeordneten Fuchs, Dasbach und Marx hatten heute, als die Besprechung der Interpellation über die behördlichen Wahlbeeinflussungen im Saarrevier fortgesetzt wurde, leicht Mühe, an der Hand des vom Minister ausdrücklich als zuverlässigen anerkannten stenographischen Vorwärtsberichtes über den Krämmerprozeß den tatsächlichen Nachweis dafür zu erbringen, daß die Bergbeamten unter Führung des Bergrats Hilger planmäßig die Wahlen überwacht und mit allen Mitteln der Drohung und wirtschaftlichen Schädigung die Arbeiter zur Stimmabgabe für den nationalliberalen Kandidaten gezwungen haben. Wochten die Nationalliberalen und der Minister noch soviel an diesem oder jenem Fall, an raend einer besaßenden Zeugnisaussage herumwälzen, sie konnten von Gesamteindruck nicht verwirren, konnten die Behauptung nicht widerlegen, daß die Steiger und Obersteiger sich an die Wahlurne, die Isolierkästen gedrängt, amtlich an ihre Vorgesetzten über die mutmaßliche Abstimmung der Bergleute berichtet haben und daß diese daraufhin in die „Kette“ verlegt, entlassen oder mindestens in ihrem Verdienst geschädigt worden sind. Das alles ist schon in der beschränkten Beweisaufnahme des Krämmer-Prozesses unanfechtbar nachgewiesen worden. Ein gelindes Grauen überkam deshalb den Minister Möller, als der Abg. Dasbach die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission anregte, um die volle Wahrheit über Saarabien zu ermitteln.

„Wenn ich von dieser Stelle aus als Minister spreche, so habe ich angehört Parteimann zu sein, sprach heut der lange Möller, aber nicht etwa bei der Besprechung der nationalliberalen Wahlmanöver im Wahlkreise Saarbrücken, sondern beim folgenden Beratungsgegenstand, dem Gesetzentwurf betr. die Prüfung gefährlicher Industrieanlagen. Immerhin gab er sich auch bei der Interpellation einige Mühe, sich etwas mehr um Recht und Gesetz zu kümmern, als dies sonst bei seinen Meinungen über die saarabischen Zustände der Fall war. Er versicherte, daß er die schuldigen Beamten zurechtgewiesen hätte und in Zukunft gegen alle Wahlbeeinflussungen einschreiten werde. Auch der freisinnige Abg. Dr. W. Leimer stellte sich auf diesen eigentlich selbstverständlichen Standpunkt, den Verfassung und Strafgesetzbuch vorschreiben. Er schwang sich sogar zur Förderung freien Koalitionsrechts für die Bergarbeiter auf und trat mit einiger Wärme für die Freiheit der Wahl ein, sodaß man ihm sein Plaidoyer dafür eher glaubte als dem Minister.

Die Wahlbeeinflussungen zu verteidigen und die Anklage gegen sie zu verhöhnen, blieb aber einzig und allein dem „liberalen“ Abg. Dr. Friedberg vorbehalten. Der erklärte, daß nach seiner Auffassung kein Grund zu irgend welchen Beschwerden vorliege. Die Beamten müßten selbstverständlich nationalliberal sein, da sie doch nicht zum

Zentrum oder den Sozialdemokraten gehören dürften. Was der Bergrat Hilger auch getan habe, er habe es als patriotischer Mann getan. Wie freute sich innerlich die Rechte über ihre Argumente im Munde des Nationalliberalen. Nachdem dann der Abg. Friedberg aus dem Munde des Pfarrers Stephan: Der Deutshener Prozeß im Lichte der Wahrheit einige Proben merklicher Wahlbeeinflussung von entzückender Naivität und Unerschämtheit mitgeteilt hatte — sie bemerken allerdings viel gegen das Zentrum, aber nicht für die nationalliberalen Attentate auf das Wahlrecht — fand seine Rede ihren Höhepunkt in der Verbrüderung mit Stumm. Die Beamten im Saarrevier hätten ebenso treu zu Stumm gehalten, wie jetzt zu den Nationalliberalen. Natürlich, die Partei ist die Lebensfrage und die Scharfmacherei und Arbeiterunterdrückung das einzig Wesentliche. Welche Zeichen der Schande für die Partei, die sich noch immer liberal, freigeistlich nennt, daß sie sich dessen noch rühmt.

Am Friedbergs Rede schloßen sich einige gereizte Er widerungen der Zentrumsabgeordneten gegen ihn und den Oberberghauptmann v. Belsau. Dann beteiligten sich auch die Konservativen an der Debatte, indem sie durch einen Schlußantrag ihrer Meinung Ausdruck gaben und weitere Erörterungen abschneitten.

Sonst erlebte das Haus heute noch in erster Lesung einen Gesetzentwurf, der spät und unvollkommen den Zivilbeamten die Vorteile des neuen Servistarifs für Offiziere zu teil werden läßt, und die schon oben erwähnte Vorlage betr. die Kosten der Prüfung und Ueberwachung von elektrischen Anlagen, Dampfzügen, Aufzügen und anderen gefährlichen Einrichtungen. Hier sträubten sich die Industriellen dagegen, die Kosten für die Untersuchung ihrer eigenen Betriebe zu tragen, aber es half ihnen nichts.

Partei-Angelegenheiten.

Totenliste der Partei. Die „New Yorker Volkszeitung“ schreibt: Konstantin Scheer, etwa 70 Jahre alt, der in Nr. 172 South Orange Ave., Newark, N. J., einen Zeitungsladen eröffnete, für welchen ihm dortige hilfsbereite Genossen das Geld lieferten, damit er sich ernähren konnte, wurde am 12. Oktober früh, an Pechtag erstickt, tot in dem Zimmer hinter dem Laden aufgefunden. Der Verstorbene war ein eifriger Sozialist, der vielen der älteren Genossen gut bekannt war. Er besand sich seit Anfang der achtziger Jahre in Newark, später in New York und erst seit drei Wochen wieder in Newark.

Scheer, ein ehemaliger Bäckermeister, gehörte zu den Opfern des Sozialistengesetzes. In „Nach zehn Jahren“ liest man über sein Schicksal:

Aus Berlin ausgewiesen, ging er nach Hamburg, wo ihm ein halbes Jahr später das Gleiche passierte. Er ging nunmehr nach Elberfeld. In Berlin behauptet, wurden ihm erst alle Bücher und Broschüren weggenommen, darunter auch ein Kreuz, welches er von einem französischen Kommunisten erhalten hatte. Weiter wurde zurückgehalten und erst nach vier Jahren wieder ausgeliefert, nachdem sich Scheer eine Anklage wegen Radikal-Beleidigung ausgesprochen hatte, die aber mit Freisprechung endete. In Hamburg zweimal befangen, mußte Scheer erst in Elberfeld lernen, was es heißt, sozialistengesetzlich für vogelfrei erklärt zu sein. Sofort als seine Möbel in Elberfeld ankommen, wurden diese zunächst vollständig in Beschlag genommen und erst ausgeliefert, als das letzte Papierschmiedchen herausgenommen war. Die Broschüren und Bücher sah Scheer trotz aller Beschwerden nie wieder. Als er sein Geschäft, Bäckerei, eingerichtet hatte, postierte die Polizei einen Schutzwagen vor dessen Tür, um so die Kunden zu vertreiben; allmählich drei bis vier Mal ward er zur Polizei zitiert, stets ohne irgend welchen ersichtlichen Grund. Der Mann mußte eben zur größeren Ehre und Ruhm des Deutschen Reiches ruiniert werden. Endlich müde gemacht, entschloß sich Scheer zur Auswanderung nach Amerika. Vor seiner Abreise wollte er seine Familie in Berlin noch einmal besuchen. Dort wurde er indes bereits auf dem Bahnhof verhaftet, vier Wochen in Untersuchungshaft gesteckt und dann wegen „Bannbruchs“ zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 3. November.

Die Angst vor dem Kinde.

Die Engemacherin Wiese wird nach dem Urteil des Hamburger Schwurgerichts wegen fünffachen Kindesmordes dem Fallbeil des Scharfrichters anheimfallen. Damit wird die „öffentliche Meinung“ innerhalb der besitzenden Klasse sich beruhigen; der Gerechtigkeit ist Genüge geschehen.

Emil Zola hat in seinem Roman „Fruchtbarkeit“ dieselben Zustände geschildert, welche in dem Prozeß Wiese als entsetzliche Wahrheit zu Tage traten: nicht eine Schauererzählung aus den finsternen Tagen des Mittelalters, sondern ein Bild aus unserer modernen „zivilisierten“ Gesellschaft, aus dem Staate des „praktischen Christentums“ tut sich unserem Auge auf. Für uns, für die Arbeiterklasse, ist die Strafe keine Genugtuung, welche die Mörderin trifft; wir fragen nach den Ursachen des Massenmordes und nach den Ursachen der noch schlimmeren Verbrechen, denen so viele nicht gelübte Kinder anheimfallen. Wie viele Opfer der Wiese mögen nicht noch existieren, von denen kein Staatsanwalt, keine Polizei etwas erfahren hat, trotzdem die Frau Jahre lang ihr entsetzliches Gewerbe betreiben konnte, ohne daß die Polizei etwas davon merkte. Aber nicht alle sind gelöt — manches von den Kindern erleidet den grausamen langsamen Tod bei Pflegeeltern, die es für eine geringe Selbstanne übernommen haben, um selbst an der kleinen Summe noch etwas verdienen zu können; in den Werkstätten der Hausindustrie kann man frühzeitig die kleinen Händchen gebrauchen und sich bezahlt machen, wenn man die Ernährung der Verlassenen auf das Mindestmaß herabdrückt. Manches kleine Mädchen „diskreter Geburt“, über dessen Verbleib die Wiese im Gerichtssaal ihr furchtbares Schweigen bewahrt, wird irgendwo in der Welt, in Budapest oder Bukarest, in Argentinien oder Peru aufgezogen, um die „Luftkasser“ der Prostitution zu füllen; sichere Asyl für die Ueberzähligen, deren die Mütter sich entledigten, zuweilen mit Gleichmut, zuweilen mit blutendem Herzen, aus Angst vor dem Kinde.

Wirtschaftliche Bedürfnisse werden immerdar erfüllt und ist die Erfüllung mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit dem Tode strafbar, so riskieren grausame Menschen das tollkühne Abenteuer für einen um so höheren Preis. Je härter die Strafe für das Verbrechen, um so höher der Lohn, wenn es nicht entbedt wird. Und wie leicht man Verbrechen begehen kann, ohne der Polizei aufzufallen, beweisen ja die langen Jahre, während deren Frau Wiese ihre Untaten trieb.

Und ein Bedürfnis besteht für hunderte von Vätern, für tausende von Müttern, sich ihre Kinder zu entledigen. Die bürgerliche Gesellschaft setzt eine Prämie auf die Unfruchtbarkeit; wer keine oder wer wenig Kinder zu ernähren und zu erziehen braucht, kann weit sorgenloser leben, weit mehr an den Genüssen des Lebens teil nehmen als der, welcher ein ganzes Haus voll Kinder aufzuziehen hat. Deshalb beherrscht hunderte selbst von Ehepaaren die Angst vor dem Kinde, namentlich, wenn sie schon mehrere Kinder haben; noch mehr aber zittert das geschwängerte Mädchen vor dem unglückseligen Kinde, das es unter dem Herzen trägt und das die Mutter in bitterster Not, in grauenvollster Armut treiben soll. Die Väter der unehelichen Kinder zittern vor dem Tag, der ihnen unangenehme Pflichten auferlegen wird, Pflichten, die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft unbedingt notwendig sind und auf deren Erfüllung der Staat nicht streng genug dringen kann, die aber gerade in der Arbeiterklasse oft einen Mann gleichwie mit eisernen Ketten an ein Mädchen klammern können, das zu ihm gar nicht paßt und dem er vielleicht nur durch eine unglückselige Stimmung, durch einen Zufall, durch die laue Wärme eines Sommerabends, durch den natürlichen Zwang seiner unbezwingbaren Jugend, durch die Leidenschaft einer verführerischen Stunde zu nahe trat.

Aus aller Welt.

Ein großer Wassernot sieht Elberfeld entgegen. Die Stadtverwaltung macht bekannt, daß, während es im Hochsommer, zu einer Zeit, wo fast alle Großstädte und viele Kleinstädte der Nachbarschaft an Wassermangel litten, immer noch gelungen sei, genügend Wasser zu schaffen, jetzt die Ergiebigkeit der Brunnen in Venrath a. Rh., aus denen die Elberfelder Wasserleitung gespeist wird, auf zwei Drittel ihrer Leistungsfähigkeit zurückgegangen sind. Der Grundwasserstand sinkt noch jeden Tag um mehrere Zentimeter und damit die Ergiebigkeit der Brunnen. Demgegenüber hat der Wasserverbrauch gegen den gleichen Monat im Vorjahre um 40 Prozent zugenommen, hervorgerufen durch größeren Verbrauch seitens der Industrie infolge Verlangens der bisher benutzten eigenen Brunnen. Die größten Einschränkungen seien schon vorgenommen. Außerdem sei die Leistungsfähigkeit der Schöpfpumpen in Venrath durch alle möglichen Mittel forciert worden, so daß sich der Wassermangel in der Öffentlichkeit bisher nicht bemerkbar gemacht habe. Das Herinbrechen einer Wasserkalamität erscheine jetzt aber unabwendbar. Sowohl Sonntag wie Montag sei es nicht gelungen, die Wasservorratsbehälter zu füllen, und zu allem Unglück sind in der Nacht zum Sonntag in den bewohnten Stadtteilen vier große Rohrbrüche entstanden, wodurch der noch vorhandene Vorrat vollständig erschöpft ist. Die Bürgerchaft wird daher ersucht, den Wasserverbrauch auf das geringste Maß einzuschränken.

Zum Brande des Zirkus Reuterkrug in Lübeck wird noch berichtet: Der Zirkus war ein Holzbau, der 3000 Personen faßte. Es war gegen 2 Uhr Nachts, als der Besitzer des Varietés, der mit dem Ende Oktober scheidenden Künstlern Abschied feierte, den Brand bemerkte. Obgleich die Feuerwehrrasch an der Brandstelle war, war an ein Retten des Gebäudes nicht mehr zu denken. Hausdach löste die Glut empor, frachend barsten die Wände, und ein Funkenmeer sprühte empor, als das richtige Dach zusammenstürzte. Nichts konnte den Flammen entzogen werden. Die Requisiten, Kinematographen, Musikinstrumente, Apparate, alles verbrannte. Die Feuerwehrrasch schließlich darauf Bedacht nehmen, daß die Nachbarhäuser erhalten wurden. Aber auch das sollte ihr nur zum Teil gelingen. Der Reuterkrug verfiel über gewaltige Stellungen, in denen Pferdehändler ihre Tiere einzustellen pflegen. Die Flammen scherten auch diese Bauteile ein, wobei vier Pferde umlamen. Besonders zu bedauern sind die Artisten, die ihre Habe verloren haben und nun nicht im Stande sind, ihre neuen Engagements zu erfüllen. Der Besitzer des Varietés selbst ist durch Verwundung getötet.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich bei München in der Nähe des Schwaninger Friedhofs. Dort fuhr der Bildhauer Ulrich Langender, der sich einem Hunde anzuwenden wollte, derart gegen einen Baum, daß sämtliche Insassen des Fahrzeuges aus diesem geschleudert wurden. Langender selbst erlitt einen Schädelbruch, seine Frau schwere Kopfverletzungen, die Frau des Bildhauers Wagner gleichfalls sehr schwere Verletzungen, während der Besitzer des Automobils, Bildhauer Wagner, mit leichteren Verletzungen davonkam.

Ein gewalttätiger Ausbruch von Sträflingen aus der Korrektilionsanstalt Banningshan bei Lippstadt feste dieser Tage die dortige Gegend in Schrecken. In der Anstaltskirche schlugen die Sträflinge, die offenbar die Tat vorher verabredet hatten, ihren Aufseher nieder und gelangten ins Freie. Bewaffnete Aufseher nahmen sofort die Verfolgung auf. Aus den umliegenden Dörfern rückten ebenfalls mit Gewehren bewaffnete Einwohner unter Anführung von Polizeibeamten aus, um die Anstreifer einzufangen zu helfen. Am folgenden Tage gelang es, zehn von den elf Flüchtlingen, die sich zu einer Bande vereinigt hatten, in „Tiemanns Bruch“ bei Horn (Lippe) zu ergreifen. Sie wurden gefesselt und von einer Anzahl Aufseher der Anstalt wieder zugeführt. Der bei der Flucht von ihnen mißhandelte Aufseher liegt schwerverletzt im Krankenhaus; daneben.

Der schwarze Tod. In Smyrna sind zwei pestverdächtige Fälle vorgekommen. In Damiette wurde ein Pestfall festgestellt. Die Herdorte aus beiden Orten werden ärztlich untersucht.

Eine entsetzliche Entdeckung wurde in dem Dorfe Soort bei Hagenau in Westfalen gemacht. Der Kreishypothek hatte dort wegen des Todes einer alten Frau, die an einer anstehenden Krankheit verstorben war, näher Erhebungen anstellen. Während er die Leiche untersuchte, vernahm er aus einer alten Bretterkammer Klagen einer menschlichen Stimme. Auf seine Frage nach der Ursache machte der Besitzer verschiedene Ansätze, worauf der Arzt die sofortige Öffnung der Kammer durchsetzte. Ihm bot sich ein schrecklicher Anblick. Mit Schmutz völlig bedeckt und voller Ungeheuer saß dort ein junger Mann, der geisteschwache Sohn des Besitzers, den dieser seit etwa zehn Jahren in dem dunklen Räume eingesperrt gehalten hatte. Der Unglückliche hatte meist nur rohe Kartoffeln (!) als Nahrung erhalten. Den Verwandten gegenüber hatten die Eltern stets behauptet, daß ihr Sohn sich in der Irrenanstalt zu Sachsenberg befinde.

Selbstmord eines Offiziers. Erschossen hat sich der Hauptmann Hellriegel vom 17. Infanterie-Regiment in Mörchingen. Der Hauptmann war unverheiratet und erst vor einem Monat nach dieser kleinen reichsständischen Garnison versetzt worden.

Ein unheimlicher Fund. Auf dem Emmausfriedhof in Nirdorf entdeckte man gestern in einer Kapsel aus braunem Packpapier gewickelt die Leichen neugeborener Zwillinge. Ob die Kinder gelebt haben und eines gewaltigen Todes gestorben sind, konnte durch die bloße Besichtigung nicht festgestellt werden. Die Leichen wurden daher zur gerichtsarztlichen Desinierung beschlagnahmt und nach dem Schwanbau gebracht.

Die Nachricht von dem Tode des Pastors Körner in Hamburg bestätigt sich erfreulicherweise nicht; Pastor Körner befindet sich am Leben und teilt der „Täglichen Rundschau“ über das gegen ihn verübte Verbrechen selber folgendes mit: Der Ueberfall würde mich das Leben gekostet haben, wenn nicht meine Frau auf mein Hilfergeschrei herbeigekommen wäre und den auf mich einwirkenden Attentäter am Rockkragen gepackt und von mir fortgerissen hätte. Dadurch einen Augenblick frei geworden, konnte ich ihm die Waffe entwenden. Wir hielten ihn sodann fest und schlüpften mit ihm, der zu ent-

stehen versuchte, bis an die Haustür. Dort mußte ich, vom Blutverlust ermattet, ihn loslassen. Meine Frau aber eilte ihm nach. Sie und ein des Weges kommender Postbeamter ergriffen ihn und liefereten ihn der vom Dienstmädchen alarmierten Polizei aus. Meine Verletzungen waren ernst, gestatten mir aber morgen schon einige Stunden das Bett zu verlassen.

Spanische Gemütskranke aus hohen und höchsten Kreisen. Der Infant Antonio, Sohn des verstorbenen Herzogs von Ardenner und Gatte der Infantin Gulialia, die aber nichts mehr mit ihm zu tun haben will und von ihm getrennt lebt, hat am Vorabend der Leichenfeier für die Prinzessin von Asturias den Totalschicksel von Barrameda, wo er auf einem seiner Güter lebt, ein glänzendes Bankett gegeben. Der Fall ruft nicht geringe Entrüstung hervor.

In Madrid wurde der Marquis de Villareal del Tajo, Sohn eines am Hofe eine hohe Stellung bekleidenden Generals, verhaftet. Der Marquis steht unter der Anklage, der Schauspielerin Rita Pretel und zweier ihrer Freundinnen 55,000 Pesetas abgeschwindelt zu haben.

Achttausend Mark in die Elbe geworfen. Aus Rurhaven wird einem Berliner Blatte gemeldet: Als der Salondampfer „Willkommen“ die Kajütspassagiere des von New-York angekommenen und hier auf der Reede vor Anker gegangenen Postdampfers „Blücher“ der Hamburg-Amerika-Linie abgeholt hatte und sich mit ihnen auf der Fahrt nach der Landungsstelle der „Neue Liebe“ befand, begann plötzlich aus einem Fenster der vorderen Kajüte eine Frau Dollarscheine in die Elbe zu werfen. Ehe man diese ansiehend von einer plötzlichen Bewusstseinsstörung befallene Frau in ihrem Tun hindern konnte, hatte sie bereits rund 2000 Dollar in Scheinen fortgeworfen, und sie würde zweifellos wohl in gleicher Weise auch mit dem noch in ihrem Besitze befindlichen beträchtlichen Rest von Dollarscheinen aufgeräumt haben. Die Behauptungswerte ist eine aus dem benachbarten Dorfe Cadenberge gebürtige Frau Poppe, die nach 24-tägiger Anwesenheit in Amerika jetzt wieder in die Heimat zurückkehrt.

Eine Ehren-Erkennung. Im „Göttinger Tagebl.“ findet sich folgendes Inserat: „Die beleidigenden Worte, die ich gegen die Ehefrau Anna Fildbaut, wohnhaft Neustadt 29, ausgesprochen haben soll, nehme ich hierdurch zurück und erkläre, daß sie ihr Kind auf rechtmäßige Weise von ihrem Mann erworben hat. Göttingen, den 25. Oktober 1904. Frau Zimmermann.“

Eine schreckliche Tat ist Sonntag Abend bei Nirm (Eilenhof) passiert; dort wurden die Gebrüder Matthias und Hubert Boffen aus dem Heimwege aus dem Wirtschaftshaus von mehreren Personen überfallen und mißhandelt. Matthias starb, wie der „Volkswacht“ mittelt, einige Stunden nach dem Ueberfall infolge der erlittenen Schläge; ihm war der Kopf eingeschlagen, die Augen ausgehohlet, und am ganzen Körper zeigte er keine gesunde Stelle mehr. Hubert ward ebenfalls Abel zugerichtet, konnte sich aber noch mühsam nach Hause schleppen, um den Vorfall zu berichten.

Lebigen würde manche arme, ledige Mutter den Kampf mit der Armut noch aufnehmen, wenn nicht eine sinnlose, heuchlerische Moral ihr Kind als einen Flecken auf ihre Ehre bezeichnen und die Anhänger dieser Moral sie als „unmütlich“ verdammen würden! O Hülfe über diese Unmenschenmoral, die um so abschreckender ist, wenn sie von Männern ausgesprochen wird, die wissen, daß kein gewiß und heftig gesunder Mann lebt, wie es von dem einsamen Mädchen oder von dem zu sehr zur Witwe gewordenen Weib verlangt wird.

So hebricht die Angst vor dem Kinde die Welt: in der Arbeiterklasse und auch im Kleinbürgertum und einem großen Teile der Bourgeoisie, in welcher eine „standesgemäße“ Haushaltung nur bei geringer Kinderzahl möglich ist.

Da geht man dann in verwichenen Stunden mit dem fatalen, neugeborenen Kindelein in eine stille Straße und entleibt sich für eine einmalige Zahlung des fatalen Kindes, das sorglos von so „treuen“ Pflegerinnen wie der Waise aufgenommen wird, die versprechen, daß es „eine kleine Gräfin“ nach England mitnehmen und in Freude und Reichtum erziehen wird.

Der Staat braucht Kanonenfutter und bestraft darum mit harten Strofen die Kinderabtreiber, die gewiß nichts Schönes ist, aber ein tausend Mal geringeres Übel wie ein Kindesmord, der Menschenhandel oder die euflegliche „Erziehung“ der verlassenen Kindelein zu Siechtum, Verbrechen und Schande. Der Staat erzwingt Geburten und läßt die Geborenen verhungern.

Die Waise ist das Erzeugnis einer Gesellschaft, welche die Angst vor dem Kinde hervorbringt. Und deshalb rechtfertigen auch ihre massenweise Verbrechen die Todesstrafe nicht. — Erst wenn für und durch die Gesellschaft für jedes Kind gesorgt wird, wenn jedem Kinde die denkbar beste Erziehung durch gesellschaftliche Fürsorge unter maßgebender Teilnahme und Kontrolle seitens aller Eltern, die sich um ihre Kinder kümmern wollen, zu teil wird, wird das Verbrechen am Kinde anfallen. Nicht mehr „in Sünden“, sondern in Schamlosigkeit geboren wird dann das Kind; die Angst vor dem Kinde wird der folgen Freude am Kinde Platz machen.

Unsere städtischen Hausagrarien, die ihre kommunal-parlamentarische Vertretung in der liberal-konservativen „Freien Vereinigung“ setzen und deren Vorsitzführer in der Stadtverordnetenversammlung namentlich die Herren Heipenitz und Dr. Schwarzer sind, beklagen beklammlich bitter die „Härte“ und „Ungerechtigkeit“, mit der die vor einigen Jahren an Stelle der bisherigen Grund- und Gebäudesteuer eingeführte Grundsteuer „nach dem gemeinen Werte“ sie angeblich trifft. Da ist es gegenwärtig, wo die Kandidaten der „Freien Vereinigung“ sich in den Wahlbezirken der dritten Abteilung auch um die Stimmen der Arbeiter bemühen, wohl am Platze, sich einen Augenblick mit den Klagen und Forderungen dieser Hausagrarien zu beschäftigen.

Die frühere, vor der Miquel'schen Steuerreform vom Jahre 1899 erhabene Grund- und Gebäudesteuer — auf die dann die Gemeinde für ihren Anteil prozentuale Zuschläge erhob — war nach dem Nutzungsweise veranlagt, der in 15-jährigen Perioden nach mindestens 10-jährigem Durchschnitt berechnet wurde. Dabei wurden Wohngebäude mit 4 Prozent, Gebäude mit Gewerbebetrieb mit 2 Prozent des Nutzungswertes besteuert. Diese Besteuerung ergab große Ungleichheiten. Hauptplätze wurden überaus nicht besteuert, da sie wohl einen oft sehr großen Kapitalwert, aber keinen Nutzungswert hatten. Das war für die großstädtischen Grundstückspekulanten, die billig angelegene Grundstücke Jahre hindurch der Debaucherie entsagen, um die infolge der Entwicklung der Stadt gemaltig wachsende Wertsteigerung derselben zu ihrer Verzinsung zu benutzen, natürlich sehr angenehm, denn so konnten sie doch den ganzen Gewinn in ihre Tasche stecken, ohne einen wenn auch nur geringen Teil in Form einer Steuer an die Gemeinde abgeben zu müssen. Auch andere Ungerechtigkeiten enthielt jene alte Grund- und Gebäudesteuer noch, indem herrschaftliche Häuser, oft mit großen Gärten versehen, wohl einen hohen Kapitalwert, aber einen geringen Nutzungswert hatten und deshalb nur niedrige Grundsteuerlasten hatten, ebenso wie die großen Geschäftshäuser, deren hoher Nutzungswert für die Steuerlaste dadurch nicht richtig zur Geltung kam, daß für solche Häuser nur 2 Prozent des Nutzungswertes als Steuer erhoben wurde. Daß die 15-jährigen Abzugsperioden eine gerechte Veranlagung hinderten, liegt auf der Hand.

Die neue Grundsteuerordnung, deren Einführung das Gesetz im das Ermessen der Gemeinde überließ und für die Preußen sich im Jahre 1899 entschied, bestimmt dagegen, daß die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert (dem Kapitalwert) der Grundstücke und zwar der bebauten wie der unbebauten, berechnet werde und daß diese Berechnung in dreijährigen Perioden erfolge. Die Wirkung dieser neuen Festsetzung des Grund- und Hebesatzes ist, daß zunächst alle Hauptplätze befreit werden, daß die Billengrundstücke und herrschaftlichen Häuser aller Art ebenso wie die großen Geschäftshäuser bedeutend höher wie bisher besteuert sind, während für die Wohnhäuser in den Arbeitervierteln weniger Grundsteuer wie bisher bezahlt wird. Der gemeine Wert aller Grundstücke in Preußen ist für das gegenwärtige Geschäftsjahr auf eine Milliarde und zehn Millionen Mark geschätzt und da in diesem Jahre der Preiser von jedem laienhaft Wert seines Grundstückes begehren muß, kommt in die Steuerkassette der Gemeinde in diesem Jahre eine Summe von 3 Millionen und 131,000 Mark als Ertrag der Grundsteuer.

Den „armen“ Hausbesitzern ist das aber viel zu viel und ihre Vorsitzführer Heipenitz und Schwarzer haben wiederholt eine Herabsetzung der Grundsteuer in der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, sie stimmen auch immer gegen den Gesammt-Etat wegen dieser und anderer „ungerechten Belastungen“ der Haus- und Grundbesitzer. Nicht am wenigsten klagen die Besitzer von Arbeiterwohnhäusern, obwohl sie jetzt schon weniger Grundsteuer zahlen, wie früher, ihren Mietern aber die Mieten nicht etwa ermäßigt, sondern bedeutend erhöht haben. Neben der Ermäßigung der Grundsteuer wollen die Herren noch die Befreiung des Wassergeldes, die Ermäßigung der Kanalgebühren, Herabsetzung des Gaspreises, dann die Befreiung der Verpflichtung, die Bürgersteige herzustellen und erhalten zu müssen und endlich die Abwälzung der Einquartierungslast auf die Mieter. Das wäre alles in allem ein Geschenk von etwa zwei Millionen Mark an die armen Hausagrarien, ein Geschenk aus den Taschen der Steuerzahler, denn die Ausgaben der Stadt insbesondere die für Schulen, Beleuchtung und Reinigung der Stadt, Wasserversorgung, Straßenpflasterung und hundert Dinge, die die Häuser der Hausagrarien erst wertvoll machen, sollen natürlich nicht verringert werden.

Und für solche „gemeinschädliche“ Bestrebungen tritt die „Freie Vereinigung“ ein, in deren Heerbann die noleidenden Hausbesitzer aufgenommen sind. Welcher Arbeiter, der seine fünf Sinne beisammen hat, kann unter solchen Umständen einem Kandidaten dieser Partei am 14. November seine Stimme geben?

Amerikanischer Humbug. Eine englische Firma, die Mc. Vaughlin-Compagnie, die ihren Sitz in San Francisco und in allen großen Städten Europas Vertretungen hat, stellt unter dem Namen „Elektro-Vigor“ einen sogenannten Gesundheitsmittel her, der auf dem bloßen Teile getragen werden und durch elektrische Einwirkung allerlei Leiden heilen, die Lebenskraft heben und die Gesundheit fördern soll. Der Vertreter der Gesellschaft, Professor Paul Wegener, hatte für die Erfindung im Blatt für Kirchlicher und Verleger, dem „Preussener General-Anzeiger“, und in der „Presse“ stark Klamm gemacht und war deshalb wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 23. September 1902, wonach die über den tatsächlichen Wert einer Sache hinausgehende in Uebertreibungen sich bewegende Reklameanpreisung verboten ist, angeklagt worden. Vor dem Schöffengericht bezichtigte Geheimrat Medizinalrat Professor Dr. Jacobi den Gürtel als wertlosen amerikanischen Humbug, mußte aber damals gehen, daß er einen praktischen Versuch damit selbst nicht gemacht habe. Das Gericht erlaute deshalb auf Freisprechung, weil durch das Entschieden des Sachverständigen der wirkliche Wert der Erfindung nicht habe festgestellt werden können. Eine Uebertretung der Polizeiverordnung ist also nicht nachgewiesen. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Es wurden einige ärztliche Sachverständige kommissarisch vernommen, die sich über die Wirkung des Gürtels äußerten. Geheimrat Medizinalrat Professor Dr. Cullenburg-Berlin sprach ihm wegen des minimalen elektrischen Stromes, den er erzeugt, die Heilwirkung ab, die ihm in der Reklame beigelegt wurde. Sanitätsrat Dr. Harkl-Verlin äußerte sich in seinem Gutachten dahin, daß für ihn kein Grund vorliege, dem Elektro-Vigor jede Heilwirkung absolut abzuschreiben und hält es für unentschieden, wie groß die Heilerfolge des Gürtels sind. Er meint, daß eine gewisse Auto-Engelion dabei mit im Spiele sei. Eine „Erneuerung der Lebenskraft“ durch den Gebrauch des Gürtels halte er für ausgeschlossen, dagegen für möglich, daß örtliche Leiden und Beschwerden durch seine Einwirkung gehoben werden. Dr. med. Sperling-Charlottenburg schließt sich in seinem Gutachten dem Vorgutachten an. Die Gutachten gelangten vor der dritten Strafkammer, die heute über die Berufung der Staatsanwaltschaft verhandelte, zur Verlesung. Als jetziger Sachverständiger war wieder Geheimrat Medizinalrat Professor Dr. Jacobi zugegen. Er erklärte unter anderem, daß bei Nervenleiden und Leberleiden ein solcher Apparat ganz wirkungslos sein müsse. Der Staatsanwalt berührte, nach der „Preussener Morgenpost“, seinen Antrag auf Verurteilung des Angeklagten zu 120 M. Geldstrafe mit der Erklärung, daß die Sachverständigen darin übereinstimmen, daß sich die Wirkung des Apparates tatsächlich keineswegs so darstelle, wie es in den Annoncen gelobte werde. Sie enthielten Uebertreibungen, wie sie nach der Polizeiverordnung strafbar seien. Im Interesse des Publikums müsse darauf bestanden werden, daß die gesetzlich höchste Strafe ausgesprochen werde. Das Gericht erachtete die Voraussetzungen für die Uebertreibung als erfüllt, nahm aber nur einen Teil als vorliegend an. Das Urteil lautete auf 80 M. Geldstrafe.

Städtischer Arbeitsnachweis. Im städtischen Arbeitsnachweis, Breitenstraße 55, sind jedes Dienst- und Arbeiterverhältnis für männliche und weibliche Personen fest- und gebührenfrei nachgemeldet. — Frequent im Monat Oktober: a. Männer: Angebotene Arbeitskräfte 960, zu besetzende Stellen 620, besetzte Stellen 568; Stellung fanden: 319 ungelernete Arbeiter (einschließlich Haushälter, Löhner, Buchhalter), 49 Handwerker, b. Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 429, zu besetzende Stellen 553, besetzte Stellen 507; Stellung fanden: 300 Arbeiter, 50 Haus- und Schwestern, 165 Bedienstungen, 37 Dienst- und Kinderfrauen, 5 Köchinnen, 10 Nähtinnen.

Bei der städtischen Straßensanierung belief sich die Einnahme des Monats Oktober auf 26,903.50 M., im Oktober des Jahres 1903 betrug sie 19,676.20 M., mithin 1904 mehr 7,227.30 M.

Am Wege gestorben. Am 1. d. M. Nachmittags 3/4 Uhr, wurde ein Mann auf der Friedrich-Wilhelmsstraße von Unwohlsein befallen. Er wurde dem Allgemeinkrankenhaus zugeführt, wo der inzwischen eingetretene Tod des Mannes festgestellt wurde. Er ist 35 bis 40 Jahre alt, hat dunkelbraunes Haar, Schmutzhaar und Nase und ist mit grauem Jackett, brauner Hose, englisch-lebenern Hosen, Schuhen und Gamaschen bekleidet.

Vom Schläge getroffen. Eine in den letzten Jahren stehende Gemütskrankheit, welche ihren Stand an der Reichstraße, auf dem gegenwärtigen Sonntag, hat, erlitt heute früh einen Schlaganfall. Dieberdelbrennende Krankheit erkrankte sich als erkrankte. Die Leiche wurde nach der Wohnung der Frau gebracht.

Neuer in der Arbeiterkammer. Bei der letzten Sitzung am 2. d. M. wurde in einem Nebenbesitzungsamt 45 eine große Menge Arbeiter in der Kammer.

Unfälle. Am 31. d. M. Nachmittags verurteilte ein Arbeiter auf dem Bahnhofsplatz eine Arbeiterin während der Fahrt zu befehlen, nicht aber aufzufahren und ihm zu Fuß, wodurch er unter die Räder geriet und über beide Beine gestürzt wurde. Nachdem ihm der Arzt nachuntersuchen die erste Hilfe geleistet hätte, wurde er der städtischen Klinik zugeführt. — Ein Arbeiter lag auf der Straße, nachdem er durch einen Fall in den Kanal gefallen war. Er wurde nach dem Kanal geholt und in den Kanal gebracht. — Ein Arbeiter fiel auf der Straße beim Passieren eines Bahnhofsüberganges vom Wagen und brach den linken Arm. Der Verwundete wurde im Krankenhaus der Arbeiterkammer behandelt.

Verurteilt wird seit dem 27. d. M. das 13 Jahre alte Mädchen Ida Gumm, Breitenstraße Nr. 36. Das Kind ist mit demselben Namen, grauem Haar und grauem Gesicht bekleidet. — Seit dem 25. d. M. und der 26. Jahre alte Arbeiter Karl Gabel, welcher Breitenstraße Nr. 54 gewohnt hat, verurteilt. Er trägt ein braunes Jackett, dunkle Hose, braune Schuhe und hat ein Gemütskrank.

Ein heftiger Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich heute Nachmittags gegen 5 Uhr an der Kreuzung der Kaiser-Wilhelmsstraße mit der Friedrich-Wilhelmsstraße. Ein Wagen der Arbeiterkammer wurde so heftig an einem der Wagen der städtischen Bahn, daß dieser aus dem Gleise gehoben wurde.

Größerer Diebstahl. Am 29. d. M. Morgens, hat eine unbestimmte Person die Fensterscheibe eines Wohnhauses auf der Dorotheenstraße mit einem Messer zerbrochen. Da 14 Tage vorher dasselbe Haus verurteilt worden ist, ist der Diebstahl auf Ermittlung des Diebes 20 M. Belohnung aus.

Schlaganfall wurde am 29. d. M. Morgens an der Friedrich-Wilhelmsstraße ein 60-jähriger Mann, zwei Jahre alt, durch einen Schlaganfall erkrankt. Ein Arbeiter von der Friedrich-Wilhelmsstraße wurde am 29. d. M. Morgens an der Friedrich-Wilhelmsstraße ein Schlaganfall erkrankt. Ein Arbeiter von der Friedrich-Wilhelmsstraße wurde am 29. d. M. Morgens an der Friedrich-Wilhelmsstraße ein Schlaganfall erkrankt.

Größerer Diebstahl. Am 29. d. M. Morgens, hat eine unbestimmte Person die Fensterscheibe eines Wohnhauses auf der Dorotheenstraße mit einem Messer zerbrochen. Da 14 Tage vorher dasselbe Haus verurteilt worden ist, ist der Diebstahl auf Ermittlung des Diebes 20 M. Belohnung aus.

eisernen Riegel wegzubrechen. Der Einbrecher entfernte sich schließlich und ließ am Latort ein großes Taschenmesser mit schwarzer Schale zurück.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 1. d. M. 23 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: zwei Pferdebedecken, ein Gegenbogen, eine schwarze Pelzboa, ein Damenstrumpf, ein schwarzer Damenschirm und eine Dittungsarte. — Abhandeln kamen: ein Hundertmarkschein, ein goldener Trauring, geschätzt 2 R., ein Damerring mit rotem Stein, ein in Gold gefaßter Brillant, ein goldenes Medaillon, gez. M. S., eine silberne Damenuhr, ein Schuppenhäschchen und zwei Portemonnaies mit 45 M. und 167 M.

Oblau, 1. November. Eine Wahlkreis-Konferenz fand am Sonntag im „Grünen Baum“ zu Baumgarten statt. Anwesend waren Delegierte aus Oblau, Strehlen, Prieborn, Wansin, Wörsdorf und Baumgarten, sowie als Gäste der Genosse Schütz-Breslau und einige Genossen aus Brieg. Nach dem Bericht des Vertrauensmannes betrug die Einnahme des letzten Jahres (Oktober bis Oktober) 333.28 M., die Ausgabe 149.29 M., sodas ein Bestand von 183.99 M. verblieb. Die Arbeiterpresse ist im Kreise wie folgt vertreten: Oblau 150 Exemplare der Tages-, 69 der Wochen- und 69 der „Vollmacht“, Strehlen 52 der Tages-, 129 der Wochen- und 69 der „Vollmacht“, Wansin 10 Tagesausgabe, Peißerwitz 6, Wörsdorf 60 Tagesausgabe, Krümmendorf 28 und Gortau 13 Wochen- und 10 „Vollmacht“. Außerdem werden im Kreise 83 „Wahrer Jacob“ und 10 „Vollmacht“ gelesen. In Bezug auf die Agitation wurde eine Debatte gepflogen, in welcher die gemachten Erfahrungen ausgetauscht wurden. Zum Punkt Wiese besprach Genosse Schütz die sich vollziehende Umwandlung der dreimaligen „Vollmacht“-Ausgabe in die Tagesausgabe und empfahl den Genossen, dafür zu sorgen, daß die Tagesausgabe immer mehr Eingang findet, damit die dreimalige Ausgabe ganz abgelöst werden kann. Die Ausführungen fanden lebhaften Anklang. Nach weiterer Ansprache wurde die Konferenz vom Genossen Müller-Oblau, der als Kreisvertrauensmann einstimmig wiedergewählt war, mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Freiburg. Der Lichtbilder-Vortrag und die Polizei. Das Gewerkschaftskartell hatte für letzten Montag den Genossen Weismanger aus Nürnberg für einen Vortrag gewonnen. Der Besuch war ein außerordentlich guter, so daß der Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz gefüllt war. Man hatte jedoch die Rechnung ohne die Polizei gemacht. Als Genosse Weismanger seinen Vortrag über den russisch-japanischen Krieg beginnen wollte, wurde ihm dies von dem anwesenden Polizisten verboten, im anderen Falle sollten sämtliche Kinder entfernt werden. Alle Gegenvorstellungen seitens des Genossen Weismanger und des Kartellvorstehenden, die ausdrücklich hervorhoben, daß eine öffentliche Versammlung angemeldet und auch Inspektionssteuer bezahlt sei, fruchteten nichts. Um nicht den ganzen Abend zu gefährden, verzichteten schließlich die Veranstalter auf den Vortrag und begnügten sich mit den Lichtbildern und den Erläuterungen, die Genosse Weismanger hierzu gab. Als Entschädigung für den ausgefallenen Vortrag vermehrte Genosse Weismanger die Lichtbilder in hervorragendem Maße, und namentlich um solche, die den mit großem Interesse folgenden Zuhörern die Entwicklung der klassischen Kunst im Altertum veranschaulichten. Am Schlusse wurde dem Genossen Weismanger lebhafter Beifall zu teil. — Die Entrüstung unter den Versammelten über die Einmischung der Behörde war allgemein. Es ist die höchste Zeit, daß seitens des Gewerkschaftskartells geeignete Schritte unternommen werden, damit in Potsdam endlich einmal dieselben Rechtszustände geschaffen werden, wie anderwärts.

Stiefberg, 31. Oktober. Leichenfund. Sonntag Morgen wurde in Kaufung in der Katzbach in der Nähe des Bahnhofs ein weibliche Person tot aufgefunden, welche als die verheiratete Kassarbeiterin Dubro erkannt wurde. Die Lage der Leiche ließ nach dem „Boten“ darauf schließen, daß die Frau nicht freiwillig oder aus Versehen den Tod gefunden hat, sondern, worauf auch die Verletzungen am Kopfe deuteten, hingerichtet worden sei. Aus diesem Grunde war Montag Nachmittag die Gerichtskommission hier anwesend, um die Sektion der Leiche vorzunehmen. Die Frau hinterläßt sechs unmündige Kinder.

Strichberg, 29. Oktober. Die hiesigen Typsetzer haben, nach bürgerlichen Berichten, den am 31. Dezember ablaufenden, zwei Jahre lang in Gültigkeit gewesenen Lohnarif gekündigt, und verlangen eine zwischen 10 und 20 Prozent schwankende Erhöhung der Lohnsätze. Es ist Aussicht auf einen Vergleich vorhanden. — In den Ausstand getreten sind die Steinbrücker der hiesigen Kartonagenfabrik E. Siegmund. Sie verlangen die Wiedereinstellung eines entlassenen Kollegen, der 15 Jahre im Geschäft tätig war.

Waldeshat, den 31. Oktober. Selbstmord. Im Ziebers-Waldgraben an der Mittelschleife, wo früher das Hadelbäuschen stand, wurde heute früh der 54 Jahre alte Weber August Faber aus Hermsdorf gefast als Leiche aufgefunden. Derselbe hatte sich durch einen Schuß aus einem Revolver, den er sich gestern in der Stadt gekauft hatte, erschossen, und zwar so, daß er in das Wasser fallen mußte. Stock und Revolver wurden am Ufer aufgefunden. Der Lebensmüde litt schon seit einigen Jahren an Schwerkram und wurde bereits einmal von dem Versuch, sich zu erschließen zurückgehalten.

Görlitz, 31. Oktober. Folgenswerter Streit. Der Besitzer des Hauses Neugasse 12, Handelskammer Hain, unterlagte dem in seinem Hause wohnenden Arbeiter Kiemer, welcher ohne Bezahlung der Miete heimlich rüden wollte, das Fortschaffen des Mobiliars. Bei der etwas erregten Auseinandersetzung wurde schließlich der Hauswirt von dem Mieter die Treppe hinabgeworfen. Hain erlitt bei dem Sturz so beträchtliche innere und äußere Verletzungen, daß auf Anordnung des Arztes seine Ueberführung ins städtische Krankenhaus erfolgte, wo er jetzt verstorben ist. Arbeiter Kiemer ist bereits verhaftet worden.

Obernitz, 2. November. Die Ursache des Eisenbahnunfalls, bei welchem am 25. Oktober nahe am Bahnhof Obernitz ein Landauer gerammt und ein Pferd getötet wurde, ist ein Verkehrter, der sich des Fahrwerks, das aufschloß vor einem Obernitzer Gasparre stand, bemächtigte. Seine Spagierfahrt endete auf den Schienen der Eisenbahn. Die Katastrophe des Zusammenstoßes ereignete sich früher des gestörten Wagens. Durch einige Minuten hatte er sich in Sicherheit gebracht. Der Zug, dessen Maschine mit dem Führer zusammenstieß, erfuhr bei den Aufnahmungsarbeiten eine Verzögerung von 30 Minuten.

Sahran, 31. Oktober. Drei Finger verloren. Dieser Tage verunglückte eine Magd, welche dem Bauerntöchter Heber Eckert in Kraschen in Dienst stand, dadurch, daß sie sich bei der Säuberung, die vorchristlichmäßig verkleidet war, zwei Finger der linken Hand glatt wegchnitt und den dritten verlor. Die Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus, wo sie noch der dritte Finger, der nur noch an ein paar Sehnen hing, abgetrennt werden mußte.

Waldeshat, 2. November. Von der Straßenbahn gestolzt. In der vergangenen Nacht warf sich ein etwa vierzig-jähriger Mann, dessen Name und Herkunft bisher nicht ermittelt werden konnte, zwischen die Räder eines von Lütowitz nach Königs- hütten fahrenden Straßenbahnwagens. Der Ueberfallene war sofort tot. Er war in Hemdärmeln, hatte Handschuhe und eine goldene Uhr nebst Kette sowie zwei Trauringe, gez. F. R. und G. R. 25. 10. 92 bei sich. Die Leiche wurde mit dem am 12 Uhr in Königs- hütten eintrudenden Straßenbahnwagen in die Leichenhalle des städtischen Krankenhauses geschafft.